

Offset-Handel und seine Folgen

Eine Geschichte aus Guatemala

Die Anfänge des Offset-Handels mit Kohlenstoffen gehen zurück auf das Jahr 1977, als der Physiker Freeman Dyson speulierte, dass groß angelegte Baumpflanzungen oder Sumpfpflanzen ein billiges Mittel sein könnten, um überschüssiges Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu absorbieren. Doch es sollte bis 1989 dauern, bis das erste Aufforstungsprojekt, das explizit Emissionen von Treibhausgasen kompensieren sollte, entstand.

Applied Energy Services, Inc. (AES), ein privater Energieproduzent aus den USA, suchte nach einer kosteneffizienten Technik, um die Kohlendioxid-Emissionen eines neuen 183-Megawatt-Kohlekraftwerks im Bundesstaat Connecticut für die staatlichen Umweltbehörden akzeptabler aussehen zu lassen. Auf Empfehlung des World Resources Institute in Washington entschied AES, den Versuch zu starten, die Emissionsschäden des Kraftwerks dadurch zu entschärfen, dass die Firma 2 Millionen Dollar für die Finanzierung von 10 Jahren eines „Landbearbeitungs- und Aufforstungsprojekts für multiple Zwecke“ in Guatemala anbot. Die Aktivitäten des Projekts sollten von der Organisation CARE mit Unterstützung von USAID und der Generaldirektion für Forstwirtschaft Guatemalas durchgeführt werden. CARE beteiligte sich seit 1974 an Aufforstungsprojekten im westlichen Hochland von Guatemala.

Ungefähr 40.000 Kleinbauernfamilien sollten 50 Millionen Pinien und Eukalyptus-Bäume pflanzen und dabei 12.000 Hektar Gemeindefeld, 60.000 Hektar Waldfeldbau und 2.880 Kilometer natürliche Flächeneinschließung erzeugen. Rund 2.000 Hektar bedrohte Abhänge im lokalen Wassereinzugsgebiet sollten gesichert und den Brigaden der Waldfeuerwehr sollte eine Ausbildung zuteil werden, um die Bedrohung durch Waldbrände und mögliche Kohlendioxid-Emissionen zu verringern. Während dieser ersten zehn Jahre sollten zudem lokale Gemeinschaften ausgebildet werden, so dass ihre Aktivitäten zur Selbstversorgung beitragen würden. Alles in allem sollte die AES-Finanzierung die Bindung und damit Neutralisierung von 15,5 bis 16,3 Millionen Tonnen Kohlenstoff in Guatemala ermöglichen – mehr als genug, so wurde verlautet, um die 14,1 Millionen Tonnen, welche das Kraftwerk in Connecticut in seiner gesamten 40-jährigen Produktionsspanne emittieren würde, auszugleichen.

Das Ergebnis

1999 kam eine externe Untersuchung des AES-CARE-Projekts zum Ergebnis, dass das Projekt, selbst bei seiner eigenen Zählweise bei weitem nicht die eine Million Tonnen von Kohlenstoffen gebunden hatte, die bis dahin erreicht werden sollten. Das Projekt basierte auf der Annahme, das Kohlenstoffprojekt würde mit einer Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen, mit vermehrter landwirtschaftlicher Aktivität, mit Grundwasserschutz und besserem Zugang zu Brennholz verbunden werden. Aber die PlanerInnen hatten nicht wirklich begriffen, was das Projekt für die Bauern und Bäuerinnen in ihrem lokalen politischen Kontext bedeutete.

Zunächst waren viele der hauptsächlich auf Subsistenzwirtschaft angewiesenen indi-

genen Bauernfamilien im Projektgebiet des westlichen Hochlands an den Rand der Landwirtschaftsgrenze gedrängt worden, weil sich das fruchtbare Land in der Tiefebene mehr und mehr in den Händen des Agrobusiness-Sektors konzentrierte. Das westliche Hochland beherbergt die ärmsten Gemeinden und die ökologisch am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete des Landes. Mehr als 90 Prozent der ländlichen Haushalte leben in absoluter Armut. Bei einer Bevölkerungsdichte von mehr als 100 Menschen pro Quadratkilometer und einer Abholzungsrate von 90.000 Hektar pro Jahr haben Erosion und Verschlechterung der Bodenqualität zu einer Intensivierung der Landnutzung geführt. Die Durchschnittsfamilie im westlichen Hochland kann kaum einen Hektar Land für Ackerbau nutzen.

Zur selben Zeit wurde in den Gebieten, die offiziell als Waldgebiete deklariert wurden, gemäß Guatemalas Forstwirtschaftsgesetz aus dem Jahr 1996 die landwirtschaftliche Nutzung verboten. Die Regierung wollte die Kontrolle über kommunale Waldflächen der Gemeindeverwaltung übertragen, und das Gesetz kriminalisierte Subsistenzaktivitäten wie etwa das Sammeln von Brennholz.

Damit wurde den normalen Menschen Zugang und Nutzung des Baumbestandes verweigert. Dadurch entstand ein Konflikt zwischen der lokalen Regierungsverwaltung und den kleinbäuerlichen Familien. Eine weitere Folge war, dass Wiederaufforstung nun wenig attraktiv war. Wer will schon Bäume pflanzen, wenn dadurch der tägliche Lebensunterhalt verloren geht? Eine dritte Folge war das wachsende Misstrauen gegen staatliche Forstfunktionäre, von denen einige vom CARE/AES-Projekt bezahlt wurden.

Hinzu kam, dass in den Anfangsjahren des Projekts die gepflanzten Baumarten oft für das Klima und die verminderte Bodenqualität ungeeignet waren. Schäden durch Tiere und Sabotage der beplanten Gebiete minderten ebenso die Ausweitung des Aufforstungsgebietes. Waldfeldbau-Systeme dienen vielfältigen Zwecken (als Weideland, als Viehfutter, als Brennholzreservoir, als Bestandteil von Subsistenz- oder Cash-Crop-Anbau). Aber sie bringen in der Regel drei bis fünf Jahre, um produktiv zu werden. Das macht sie zu einer schwierigen Option für Familien mit begrenztem Landeigentum.

Der Zwang der Notwendigkeit

Ein weiteres Problem für CARE entstand dadurch, dass die Organisation gezwungen war, mehr und mehr ihres begrenzten Personalbestands und ihrer Finanzmittel in Kontroll- und Messtechniken für Kohlenstoffe anstatt für die Verbesserung der Lebensbedingun-

gen der Menschen zu stecken. Durch ihre bisherige Arbeit hatte sich CARE durch nachhaltige Landwirtschaftsprojekte und die Sicherung von Grundwasser durch Wiederaufforstungsprojekte Respekt und An-



erkennung verschafft. Die Organisation hatte viel Erfahrung damit gesammelt, lokale LandwirtschaftsarbeiterInnen auszubilden, Saatgut und Futtermittel zur Verfügung zu stellen und Grundwasserreservoirs zu verwalten. CAREs LandwirtschaftsarbeiterInnen stellten außerdem Beratungen und Materialien zur Verbesserung von Weideland und der Bodenqualität zur Verfügung, was von den lokalen Projektbeteiligten noch immer positiv beurteilt wird.

Doch die Konzentration auf das Kohlenstoffprojekt bedeutete, dass Gelder und Personal vom Waldfeldbau abgezogen und mehr und mehr für das Aufforstungsprojekt genutzt wurden, weg von erweiterter Landwirtschaft und hin zu bisher unbekanntem Arbeiten bei Modellierung und Kontrolle von Gutschriften für den Emissionsausgleich. Die Bilanzierung von Kohlenstoffen ist eine spezialisierte, komplizierte Arbeit. Der Markt braucht harte Daten. Man kann nicht auf ein paar Bäume blicken und sagen, sie würden im Jahr 2020 das Äquivalent eines 1.000-Kilometer-Flugs einsparen. Man muss das Baumwachstum messen, die Veränderung der Böden begutachten, die Interaktion mit den lokalen BewohnerInnen berücksichtigen und insgesamt einschätzen, wie viel Treibhausgas die Region ohne das Projekt freigesetzt hätte. Wenn das ehrlich gemacht würde, müsste das Ergebnis lauten, dass solche Kalkulationen gar nicht durchgeführt werden können.

Die Komplexität (und Unmöglichkeit) dieser ungewohnten Arbeiten zerstörte den ursprünglichen inhaltlichen Ansatz von CARE. CARE hatte sich eigentlich der erweiterten Landwirtschaft verschrieben, nicht der Kontrolle von Kohlenstoffprojekten. 1999 hatte die Organisation noch immer keine adäquate Methode entwickelt, um Kohlenstoffe in Waldfeldbau- und Waldgebieten zu messen und zu überwachen.

Eine externe Evaluation, 1999 von ExpertInnen der Consulting-Firma ‚Winrock International‘ durchgeführt, stellte neue Bedingungen: Die zertifizierte Produktion von Schadstoff-Ausgleichsgutschriften muss verbessert werden, um ‚als CDM-Projekt akzeptabler‘ zu

werden. Eine Kartierung der Landnutzung mittels eines geographischen Informationssystems musste zusammen mit ferngesteuerten Abtastungstechniken entwickelt werden, die Projektänderungen entde-

Menschen gegenüber den Erfordernissen der Kohlenstoff-Bindung auf den Kopf. Um das Jahr 2000 diskutierte CARE offen die Notwendigkeit, frühere Ressourcen, die in die landwirtschaftliche Aktivität gesteckt

wurden, nun dazu benutzen, externe Consultants zu bezahlen, die Methoden zur Messung von Gutschriften entwickeln sollten. Die neuen Auflagen drängten CARE dahin, ihre Aufforstungsprojekte auf größere Landbesitzer zu konzentrieren, die mehr Ressourcen für solche Projekte zur Verfügung hatten und daher besser in der Lage waren, CARE dabei zu helfen, ihre Kohlenstoff-Bindungs-Zielsetzungen einzuhalten.

Kurz: Die Winrock-Evaluierer – die Notwendigkeiten des Kohlendioxid-Marktes immer im Auge – stellten die bisherige Präferenz von CARE für die Sicherung der Existenzgrundlage von

Diese neue Konzentration machte es für CARE wiederum noch schwieriger, ihre Zielsetzungen mit anderen KleinbäuerInnen auszutauschen und zu teilen.

Bis 2001 hatte CARE den Kleinbauern und Kleinbäuerinnen noch überhaupt nicht gesagt, worum es bei diesem Projekt überhaupt ging, sie auch nicht darüber aufgeklärt, wie ihre Aufforstungsbemühungen und die Ausbildung zur Waldfeuerwehr zur Verringerung des Kohlenstoffausstoßes beitrug, oder ihnen auch nur gesagt, wie sich die Klimaveränderung auf sie auswirke. Und sie sind für ihre bisherigen Wiederaufforstungsaktivitäten auch nicht direkt bezahlt worden. Das alles machte es natürlich unmöglich, die Rolle dieser Kleinbauern und -bäuerinnen im Gesamtprozess des Ausgleichs von Emissionen eines nördlichen Energieproduzenten zu diskutieren oder ihnen gar Anerkennung dafür zukommen zu lassen – oder sie gar zu fragen, wie ihr Wissen den Plänen für Kohlenstoff-Bindung oder -Neutralisierung fürderhin zugute kommen würde. ‚Partizipatorische‘ Klimapolitik war das alles – nicht!

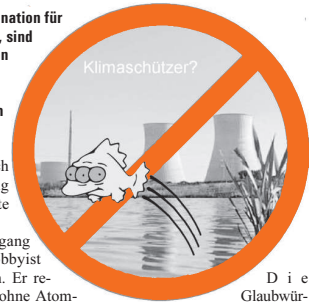
Larry Lohman (The Corner House, kritische Klima-Organisation, GB)

Übersetzung und sprachliche Bearbeitung: Sal Macis, aus: Carbon Trading, Hrsg. von der Dag Hammarskjöld-Foundation, Uppsala/Schweden, Sept. 2006, S. 222-225.

Blinky, der Anti-Atom-Popstar

Dreiäugig gegen das Atomforum

Kuchen und Fischstäbchen. Eine außergewöhnliche Kombination für eine Demo. Während der Kuchen zum Verzehr gedacht ist, sind an den Fischstäbchen Papp-Fische befestigt – Abbilder von Blinky, dem dreiäugigen Strahle-Fisch. Als der erste und einzige seiner Art in der Umgebung des Atomkraftwerks Grundrindungen gesichtet, avancierte Blinky schnell zum Popstar der Anti-Atomforum-Bewegung.



Alle Jahre wieder trifft sich das Deutsche Atomforum, der Dachverband der deutschen Atomindustrie in Berlin, um winterzutagen. Für mehrere hundert Euro Eintrittsgeld erhält man leckeres Essen und gegenseitiges Schulterklappen. Man versichert sich, dass auf Atomkraft nicht verzichtet werden könne und zum Klimaschutz keine andere Möglichkeit in Frage käme. Dass es offiziell einen Atomausstieg gibt, findet man traurig und spendiert eine Runde Mitleid für die armen deutschen Atomkraftwerke – „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“. Und wenn das nicht alle glauben wollen, muss man den Leuten eben zeigen, welch idyllisches Bild die deutschen AKWs in der unberührten Natur abgeben. Die Werbekampagne „Klimaschützer der Woche“ kommt vom Deutschen Atomforum – oder, weil es sich besser anhört: vom „Informationskreis Kernenergie“.

Das Geld ist ja da. Millionen Euro Extra-Profit erwirtschaften die deutschen AKWs wöchentlich, da sie längst abgeschrieben sind und nun fast nur noch die Kosten für das Brennmaterial zu tragen haben. Da lohnt es sich, gegen einen möglichen Atomausstieg anzureden.

Dafür lädt man sich zur Wintertagung gerne prominente Redner ein. Dieses Jahr: Wolfgang Clement, RWE-Lobbyist mit SPD-Parteibuch. Er redet davon, dass es ohne Atomkraft nicht geht, dass sie 30 Prozent des deutschen Stroms liefere. Dafür hat er die 22 Prozent großzügig aufgerufen. 22 Prozent des Stroms. Um mit Atomkraft das Klima schützen zu können, müsste sie das Potential besitzen, weltweit bedeutende Anteile des Energieverbrauchs zu ersetzen. Mit etwa 3 Prozent am weltweiten Energieverbrauch sieht es da schlecht aus. Deshalb ist es vielen auch unverständlich, wie Atomkraftwerke als Klimaschützer verkauft werden sollen.

„Gegen Grünfärberei – für echten Klimaschutz!“ Unter diesem Motto demonstrieren etwa zweihundert Menschen gegen das Atomforum. Für die Klimaschützer-Werbekampagne hatte das Atomforum Ende 2007 den europäischen Worst Greenwashing Award erhalten. In der Begründung heißt es: „Die Kampagne ist ein herausragendes Beispiel für europaweite Bemühungen der Atomlobby, den Klimawandel für die Imagewerbung der Atomenergie zu instrumentalisieren.“

Die Glaubwürdigkeit solcher Image-Kampagne wird nicht gerade dadurch gestärkt, dass im Atomforum die gleichen Leute sitzen, die auch neue Kohlekraftwerke in Deutschland bauen lassen wollen und damit nachhaltig zum Klimaschutz beitragen. Während Vattenfall in Cottbus unter dem Namen „Klima-Akademie“ in Schulen vermeintlich für Umweltschutz wirbt, treffen sich auf der Demo in Berlin die Leute wieder, die nicht nur gegen Atomkraft sind, sondern auch gegen neue Kohlekraftwerke. Die Leute sind die gleichen, die politischen Gegenrindungen auch.

Nur die Mobilisierung gegen das Atomforum könnte besser laufen. Gegen den Castor fahren Tausende ins Wendland – aber wenn sich in Berlin die Leute treffen, die all dies zu verantworten haben, dann bleiben viele noch zu Hause. Wenn das Atomforum im klimatisierten Luxus-Hotel über Erderwärmung redet – dann wäre es eigentlich angebracht, diesem örtlich einzuhaken.

Felix W.